

Die Internationale Fernmeldeunion im Zuge der digitalen Entwicklung

Wichtige Schritte in die Zukunft bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Dubai beschlossen

Die Internationale Fernmeldeunion regelt bereits seit 1865 die grenzüberschreitende Telekommunikation und spielt bis heute eine wichtige Rolle bei der Standardisierung und der Verbreitung der Kommunikationstechnologien. Die Digitalisierung stellt die Organisation vor neue Herausforderungen, die auf der letzten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten Ende 2018 in Dubai eingehend besprochen wurden.



Geschichte, Aufbau und Funktion

Die Internationale Fernmeldeunion (ITU) ist die älteste Organisation in der Familie der Vereinten Nationen und geht zurück auf die Initiative von Louis Napoléon Bonaparte, dem späteren französischen König Napoleon III., der die Chancen der Telegrafie für die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes erkannte und die neue Technologie für den privaten und kommerziellen Gebrauch international öffnen wollte.

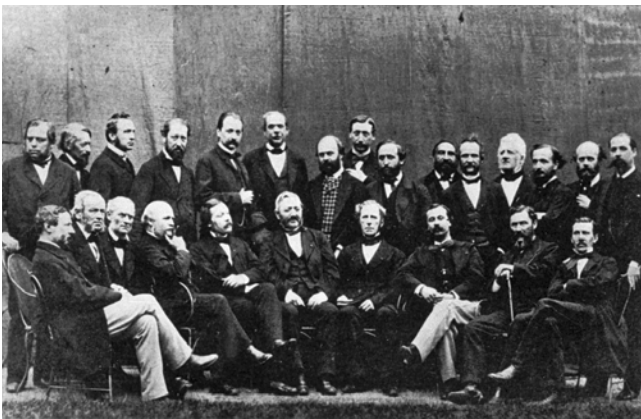
Am 1. März 1865 trafen sich auf seine Einladung 21 Staaten zur ersten Internationalen Telegrafiekonferenz in Paris. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten auch die sieben deutschen Territorien: Hamburg, Baden, Bayern, Hannover, Preußen, Sachsen und Württemberg. Am 17. Mai 1865 wurde

der Internationale Telegrafenverein in Paris offiziell gegründet. England und die USA blieben damals außen vor, weil dort die Telegrafie privat organisiert war.

In der Folgezeit traten weitere Länder dem Verein bei, der 1934 zur Internationalen Fernmeldeunion (International Telecommunication Union, ITU) wurde und seit 1949 eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen ist. Seit 1969 wird der Gründungstag, der 17. Mai, als Weltfernmeldetag gefeiert, 2006 umbenannt in Welttag der Informationsgesellschaft. Heute zählt die Organisation mit Sitz in Genf 193 Mitgliedstaaten und mehr als 700 Mitglieder aus dem Privatsektor. Die ITU ist in drei Sektoren gegliedert:

- ▶ Zuweisung und internationale Koordinierung von Funkfrequenzen und von Satellitenpositionen (Funksektor),
- ▶ Standardisierung von Informations- und Kommunikationstechnologien (Standardisierungssektor) und
- ▶ Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern (Entwicklungssektor).

Oberstes Organ der ITU ist die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten. Auf der alle vier Jahre stattfindenden Konferenz werden Entscheidungen über die strategische Ausrichtung und politische Grundsätze getroffen. Bei Bedarf beschließt sie zudem Änderungen der grundlegenden Vertragswerke. Zwischen dem Vierjahresrhythmus wird die ITU vom Rat (Council) beaufsichtigt, der sich in der Regel einmal im Jahr trifft.



Die Delegierten der ersten Internationalen Telegrafiekonferenz 1865

Die Bedeutung der ITU für Deutschland

Das Interesse der Bundesregierung und deutscher Unternehmen gilt vor allem dem Funk- und Standardisierungssektor.

Funkfrequenzen spielen für viele aktuelle Anwendungen eine wichtige Rolle, etwa für die Mobiltelefonie, das mobile Internet, den breitbandigen Internetzugang (insbesondere in dünn besiedelten Gebieten), Rundfunk und Fernsehen sowie für die Satellitenkommunikation. Eine störungsfreie Nutzung von Frequenzen liegt auch im Interesse der öffentlichen Sicherheit, etwa beim See- und Flugfunk, der Kommunikation der Sicherheitskräfte und militärischen Anwendungen. Die internationale Frequenzzuweisung und die Registrierung von Satellitensystemen werden allein von der

ITU vorgenommen. Auf den Welt- und Regionalkonferenzen sowie in Studienkommissionen werden die technischen Rahmenbedingungen und die operationellen Verfahren besprochen sowie die konkreten Vorgaben für die ITU im Hinblick auf die Vergabe der Funkfrequenzen erarbeitet.

Internationale Standards bei den Informations- und Kommunikationstechnologien sind zentral für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, da nur so kostengünstig große Stückzahlen produziert werden können. Im Standardisierungssektor der ITU werden Empfehlungen für Standards und Normen erarbeitet, an denen sich Anbieter und Nachfrager von Telekommunikationsdienstleistungen ausrichten können und dies in vielen Fällen auch tun. In vielen Telekommunikationsbereichen spielen ITU-Standards weiterhin eine große Rolle, auch wenn andere internationale Gremien oder große Konzerne ebenfalls Standards setzen.

Die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der ITU in Dubai

Vom 29. Oktober bis zum 16. November 2018 fand in Dubai die 20. Konferenz der Regierungsbevollmächtigten statt. An der Konferenz nahmen mehr als 2.500 Delegierte aus 179 Mitgliedsländern teil. Die Delegierten vertraten sowohl Regierungen als auch Unternehmen sowie regionale und internationale Organisationen. Die deutsche Delegation wurde vom BMWi geleitet.

Wichtige Themen der Konferenz waren der Strategie- und Finanzplan, die Regulierung des Telekommunikationssektors sowie neue Themen im Zusammenhang mit der zunehmenden Digitalisierung.

Strategie- und Finanzplan 2020 – 2023

Die wichtigste inhaltliche Entscheidung der Konferenz betraf den Strategie- und Finanzplan 2020 – 2023, ohne den die Organisation nicht arbeitsfähig ist.

Der von den Regierungsbevollmächtigten verabschiedete Strategische Plan der ITU sieht fünf Kernziele der Organisation vor: Arbeit und Wachstum, Inklusion, Nachhaltigkeit, Innovation sowie Partnerschaft. An diesen Zielen richten sich die Projekte der Sektoren aus.

Der zugehörige, ausgeglichene Rahmenfinanzplan 2020 – 2023 hat einen Umfang von 660 Millionen CHF (Schweizer Franken). Zu diesem Budget trägt Deutschland als drittgrößter

Beitragszahler nach den USA und Japan mit einem Jahresbeitrag von rund 8 Millionen CHF (etwa 7 Millionen Euro) maßgeblich bei.

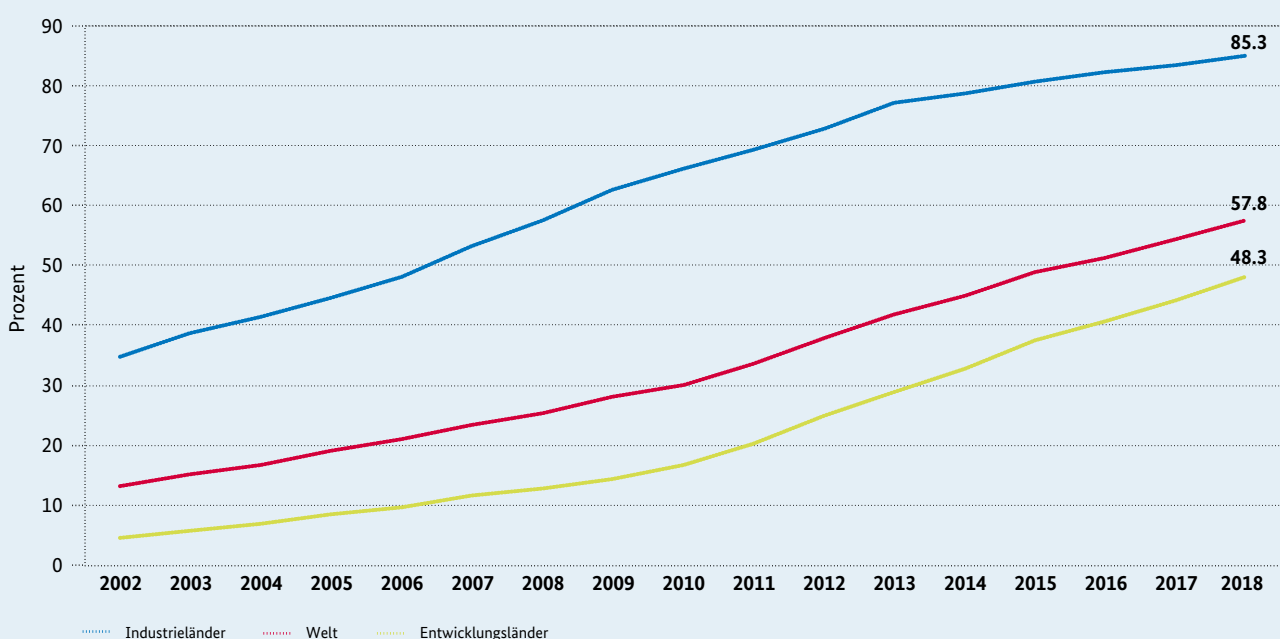
Außerdem wurde die Rolle der aus Vertretern der Mitgliedstaaten bestehenden Lenkungsgruppe zur unabhängigen Beratung und Unterstützung des Rates und des Generalsekretärs gestärkt. Deutschland hat mit dem Vorsitz dieser Gruppe eine entscheidende Verantwortung, die Einhaltung der Budgetvorgaben der Konferenz und des Rats sicherzustellen.

Regulierung der Telekommunikation und Digitalisierung

Für die Bundesregierung wie für die meisten westeuropäischen Staaten und auch beispielsweise die USA, Kanada und Japan sind Offenheit, Transparenz und Freiheit des Internets Grundvoraussetzungen dafür, dass das Internet seine herausragende Rolle als Motor gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen wahrnehmen kann. Grund- und Menschenrechte wie Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit müssen in der virtuellen Welt des Internets genauso geschützt sein wie in der realen Welt. Im

politischen Statement für Deutschland betonte das BMWi deshalb ausdrücklich die Unterstützung für das „Multi-Stakeholder-Modell“ bei Entscheidungen über die Verwaltung des Internets. Dieses Modell sieht die aktive und gleichberechtigte Beteiligung unterschiedlicher Interessengruppen an den Entscheidungsprozessen vor und wird zum Beispiel bei der für die Vergabe von IP-Adressen und Verwaltung von Domainnamen zuständigen „Internet Corporation for Assigned Names and Numbers“ (ICANN) erfolgreich praktiziert. Es besteht aus Sicht der Bundesregierung keine Veranlassung, Aufgaben aus dem Bereich der Internet-Verwaltung auf eine internationale Regierungsorganisation zu übertragen und damit das „Multi-Stakeholder-Modell“ zu gefährden. Andere Länder, wie z. B. einige arabische und afrikanische Länder sowie Russland und China wollen hingegen den staatlichen Einfluss auf die moderne Kommunikations- und Telekommunikationslandschaft stärken. Dieser Interessengegensatz spielte bei der Behandlung von Regulierungsfragen eine herausragende Rolle. Die deutsche Delegation bemühte sich dabei auch darum, in kontroversen Diskussionen verhärtete Fronten aufzubrechen und eine konstruktive Mittlerrolle einzunehmen.

Abbildung 1: Anteil der Haushalte mit Internetzugang bezogen auf den Entwicklungsstatus der Länder 2002 – 2018



Quelle: ITU World Telecommunication /ICT Indicators database, www.itu.int/en/ITU-D/Statistics.

Wahlen

Bei der Konferenz in Dubai wurde der chinesische Kandidat Houlin Zhao erneut in das Amt des Generalsekretärs gewählt. Als Vize-Generalsekretär konnte sich der britische Amtsinhaber Malcolm Johnson gegen die Konkurrenz aus Burkina Faso durchsetzen.

Zukunftsperspektiven der ITU

Auch in Zukunft wird sich die ITU mit den „klassischen“ Fragestellungen der weltweiten Telefonie und des Funkverkehrs beschäftigen. Internationale Funk- und Satellitenfrequenzen werden allein von der ITU zugeteilt. Inwieweit die ITU zukünftig zusätzliche Kompetenzen beim digitalen Datenverkehr erhält, wird derzeit verhandelt. Dabei präferieren die meisten Industrieländer das „Multi-Stakeholder-Modell“, das eine weniger restriktive Regulierung und die Verlagerung der Verantwortung auf private Akteure abseits der ITU vorsieht.

Kontakt: Wolfgang Crasemann
Referat: Internationale Digital- und Postpolitik,
G7 und G20